



## Vorlage Stadtparlament

vom 27. Oktober 2009 Nr. 1037

---

Stadtparlament: Motionen

### **Motion Daniel Rietmann: Nutzungsbeschränkung Geissberg/ Altenwegen; Umwandlung in ein Postulat und Erheblicherklärung**

#### **Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion „Nutzungsbeschränkung Geissberg/Altenwegen“ wird in ein Postulat umgewandelt und mit folgendem Postulatsauftrag **erheblich** erklärt:

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob im Gebiet Geissberg/Altenwegen eine Zone für bestimmte Nutzungsarten (Art. 28octies BauG) erlassen werden soll. Dabei sollen zonengemässe Nutzungen zulässig bleiben, hingegen publikumsintensive Nutzungen mit einer publikumsaktiven Fläche von mehr als 200 m<sup>2</sup> (z.B. Einkaufszentren, Fachmärkte und Freizeitanlagen) ausgeschlossen werden. Vorbehalten bleibt jeweils eine besondere Regelung mit einem Sondernutzungsplan des Stadtrates.

---

Daniel Rietmann sowie 24 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 25. August 2009 die beiliegende Motion "Nutzungsbeschränkung Geissberg/Altenwegen" ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

Der Stadtrat hat mit Vorlage vom 28. April 2009 dem Stadtparlament eine Zonenplanänderung für das Gebiet Geissberg/Altenwegen beantragt. Mit der Zonenplanänderung soll im Gewerbe-Industrie-Gebiet eine Zone für bestimmte Nutzungsarten gemäss Art. 28octies BauG erlassen werden, mit der bestimmte verkehrsintensive Vorhaben in diesem stark verkehrsbelasteten Gebiet verhindert werden sollen. Im Vorschlag des Stadtrates war vorgesehen, eine maximale Fahrtenzahl pro Hektar Grundfläche festzulegen, und zwar 100 Fahrten während der abendlichen Spitzenstunde von



Montag bis Freitag und 25 Fahrten während der nachmittäglichen Spitzenstunde am Samstag und Sonntag.

Im Stadtparlament wurden die grundsätzliche Zielsetzung und die Notwendigkeit der Einschränkung bestimmter verkehrsintensiver neuer Nutzungen - insbesondere von Einkaufszentren, Fachmärkten und Freizeitanlagen - unterstützt. Das Parlament beschloss jedoch die Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat mit dem Auftrag, die maximal zulässigen Fahrtenzahlen für Samstag und Sonntag (25 Fahrten pro Hektar in der nachmittäglichen Spitzenstunde) beizubehalten, auf die maximale Fahrtenzahl von Montag bis Freitag (100 Fahrten pro Hektar in der abendlichen Spitzenstunde) jedoch zu verzichten. Mit dieser Änderung sollten neue Vorhaben für Einkaufszentren und ähnliche publikumsorientierte Betriebe nach wie vor verunmöglicht, sonstige Produktions- und Dienstleistungsunternehmungen jedoch nicht mehr den Beschränkungen unterstellt werden.

Mit der eingereichten Motion wird nun eine inhaltliche Variante mit analoger Zielsetzung - der Verunmöglichung von sehr publikumsintensiven und damit verkehrsbelastenden Nutzungen - vorgelegt. Es sollen ebenfalls eine Zone für bestimmte Nutzungsarten nach Art. 28octies BauG erlassen und publikumsintensive Nutzungen wie Einkaufszentren, Fachmärkte und Freizeitanlagen ausgeschlossen werden, und zwar ab einer publikumsaktiven Fläche von mehr als 200 m<sup>2</sup>. Der Stadtrat kann über Sondernutzungspläne im Einzelfall abweichende Regelungen treffen (dies gilt grundsätzlich unabhängig von der gewählten Variante).

Es ist somit nun für das weitere Vorgehen zu entscheiden, ob Nutzungsbeschränkungen auf der Basis maximaler Fahrtenzahlen am Wochenende gemäss Parlamentsauftrag oder aufgrund eines direkten Ausschlusses publikumsintensiver Nutzungsarten gemäss in ein Postulat umzuwandelnder Motion erlassen werden sollen. Beide Ansätze sind grundsätzlich denkbar, beide Möglichkeiten müssen aber vor allem bezüglich der tatsächlichen Zielerreichung und der rechtlichen und fachlichen Anforderungen nochmals kritisch geprüft werden. Die entsprechenden Abklärungen sind bereits in Zusammenarbeit mit den Fachstellen auch des Kantons eingeleitet worden.

Der Motionsauftrag wäre bei einer Erheblicherklärung ein verbindlicher, definitiv formulierter Auftrag des Parlamentes. In Anbetracht der noch nötigen eingehenden Abklärungen ist eine solch genaue Festlegung aber verfrüht. Bei der Bedeutung dieser Problematik ist es richtig, wenn der Stadtrat und später auch das Parlament erst dann über die zweckmässige Lösung entscheiden müssen, wenn die entsprechenden Grundlagen fundiert vorliegen. Deshalb wird im Einvernehmen mit dem Motionär vorgeschlagen, die Motion in ein Postulat mit inhaltlich gleichem Auftrag umzuwandeln. Damit ist der Stadtrat beauftragt, sowohl eine



Lösung gemäss dem seinerzeitigen Beschluss des Stadtparlamentes wie auch eine Lösung gemäss dem nun vorliegenden Motions- bzw. Postulatsvorschlag zu prüfen, dem Parlament über die Ergebnisse Bericht zu erstatten und die als richtig befundene Massnahme vorzuschlagen.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Motion vom 25. August 2009

